seinen beiden neuesten Büchern. In denen geht es über die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, den schärfer werdenden Ton und die Angriffe, denen man als Politiker ausgesetzt ist.

Es war unübersehbar, dass Habeck diese manchmal raue Sprache des politischen Alltags persönlich zusetzt und dass er sich um die Polarisierung der Gesellschaft Sorgen macht. Aber statt sich der Diskussion zu stellen und Angriffe an sich abprallen zu lassen wie es manche Politiker hervorragend können, flüchtet er sich in das für ihn typische »Anordnen« eines anderen, eines ausgeglicheneren Kommunikationsstils. Nach dieser Lesung überraschte es mich nicht, dass sich Habeck auf der nächsten Mitgliederversammlung gegen den bundesweiten Volksentscheid aussprach, einem langjährigen Grundsatz der Grünen mit der Begründung, Volksentscheide würden die Polarisierung der Gesellschaft weiter anheizen.

Welch ein Irrtum. Die Meinung, dass Volksentscheide polarisieren würden, ist schlicht falsch. Sie führen zwar zu kräftigen Diskussionen, manchmal auch Polarisierung, aber die Erfahrung zeigt, dass das Wissen um die Mehrheitsmeinung im Nachgang stark harmonisiert. Gerade das Beispiel Schweiz zeigt mit ihrer dort hohen Zufriedenheit der Bevölkerung mit Politik und Staatsystem, welches harmonisierende Kraft vom Instrument des Volksentscheids ausgeht. Mehrheitsmeinungen zu akzeptieren, ist eben leichter, als sich wehrlos in einem Meinungsstreit in Rage zu reden. Aber mit der Kraft des Amtes setzte Habeck

geplant, der eine Kette von bisher dreiundzwanzig jährlichen Konferenzen folgte, eine der letzten vor zwei Jahren in Paris.

Dieses Verhandeln zog sich also über fünfundzwanzig Jahre hin und war – wie jeder am fortschreitenden Klimawandel ablesen kann – letztlich erfolglos. Und gerade, weil so viel verhandelt wurde, aber keine wirkliche Emissionsreduzierung in Sicht ist, müssen wir über den Klimawandel reden, müssen wir die Schwächen aufdecken, warum es unserem politischen und marktwirtschaftlichen System nicht gelingt, eine so offensichtliche, todbringende Gefahr zu beherrschen.

1960 lag die weltweite CO_2-Emission noch bei circa 10 Milliarden Tonnen, bei der Konferenz von Rio 1992 lag sie bei circa 20 Milliarden Tonnen und ist nun auf fast 40 Milliarden gestiegen, Tendenz immer noch zunehmend. Eine unheimliche Zahl: 40.000.000.000. Eigentlich unvorstellbar, unheimlich, wenn man versucht, sich die enormen Gasmengen vorzustellen, die hinter diesen Zahlen stecken. Die ungebrochene Zunahme ist schockierend und wirft natürlich die Frage auf, wie es dazu kommen konnte. Tatsächlich ist es ein nicht leicht zu durchschauendes Geflecht von eifrigen, aber behinderten Bemühungen der Vereinten Nationen, mutloser, lobbyabhängiger Politik und einer hinhaltenden Lustlosigkeit der Wirtschaft, die teils ins Kriminelle abgeglitten ist.

Eine unsinnige Zahl verharmlost den Klimawandel

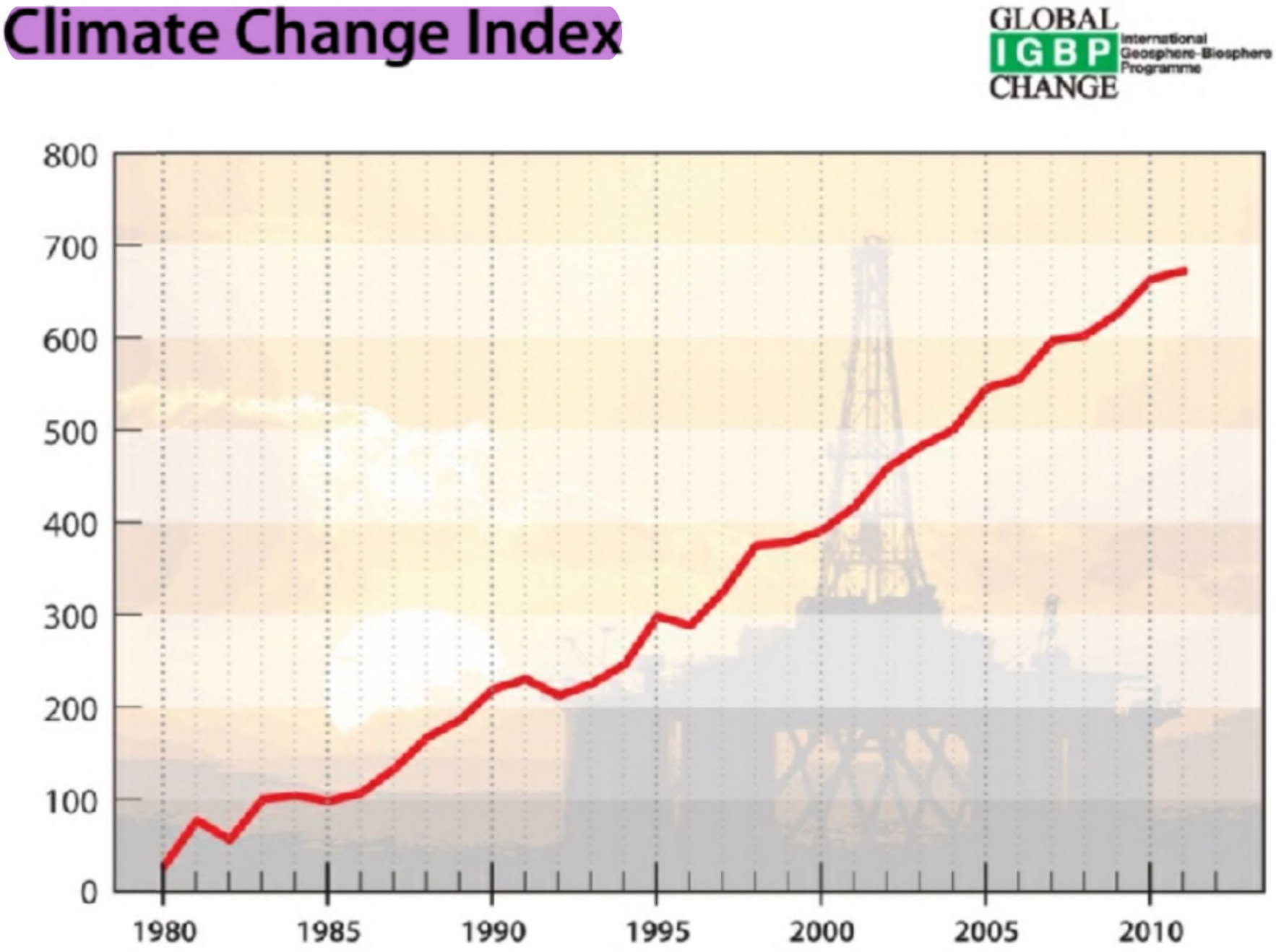
Das 2-Grad-Ziel! Es gilt als die mittlere Erwärmung, die gerade

Anstieg der mittleren Körpertemperatur beschreiben. Eine klassische Grippewelle und eine verheerende Ebola-Epidemie, die wenige infiziert, aber für die Betroffenen meist tödlich endet, könnte durchaus zum gleichen mittleren Anstieg der Bevölkerungstemperatur führen.

Allerdings ist das 2-Grad-Ziel eine Bezeichnung, die interessierte Kreise begeistert genutzt haben, um Maßnahmenpläne abzubremsen, gerade weil es so harmlos klingt. Man mag das als ein wissenschaftliches Maß für globale Veränderungen akzeptieren, aber für die Öffentlichkeit ist diese Zahl bedeutungslos, ja irreführend. Sie sagt überhaupt nichts darüber aus, was wirklich passieren wird.

Viel entscheidender und vor allem spürbarer ist die Zunahme der Extreme. Noch viel zu selten finden Zahlen über deren ansteigende Häufigkeit Eingang in die öffentliche Kommunikation: Die der Wirbelstürme und Tornados, der Waldbrände, von Starkregen und Überschwemmungen, von Trockengebieten und der Unbewohnbarkeit weiterer Teile des Sonnengürtels unseres Globus oder auch Gletscherschmelze, Wasserknappheit und Artengefährdung. Man hat versucht, all diese Ereignisse in einem »Klimawandelindex« sichtbar zu machen, und tatsächlich ist die Kurve des International Geosphere-Biosphere Programme (IGBP) erschreckend. Geht man von da fünfundzwanzig Jahre zurück, hat sich der Index versechsfacht! Die extreme Wärmeperiode und die riesigen Waldbrände 2018 und die starke Hurrikansaison 2017 sind deutliche Ausrufezeichen. Die Kurve endet 2011, weil die Addition umstritten war. Stattdessen werden

nun von der übernehmenden Nachfolgegruppierung FutureeEarth Weltkarten schwerer Extreme in ihren Jahresberichten abgebildet.



Klimawandelindex (Quelle: IGBP, 2013)

Die größten Veränderungen sind nicht reversibel

Trotz verheerender Zahlen sind auch die Klimaextreme nur ein Vorgeschmack, wie sehr sich die Lebensbedingungen auf diesem Globus verschlechtern können. Die alarmierendste Aussage steckt in den Kipppunkten klimatischer Gleichgewichte, die weltweit den heutigen Wohlstand und dessen Lebensqualität zerstören können. Kipppunkt, das bezeichnet eine nicht mehr

an die preislichen und technologischen Trends und ohne Gefühl für das zeitlich komplexe Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, kurz EEG, wurde weder ein Erfolg für die Grünen, noch erwies es sich als zielführend beim Versuch von Angela Merkel, sich als die »Klimakanzlerin« zu profilieren. Es wurde durch mangelnde Mitarbeit und reichlich viele Bremsmanöver der Wirtschaft ein Supergau politischer Fehlleistung, trotz ursprünglich guten Willens.

»Supergau Energiewende«, so betitelte die *Wirtschaftswoche* einen Beitrag über die Energiewende, den deutschen Versuch, die nichtfossilen Energien als Alternative gegenüber den konventionellen Energien durchzusetzen im EEG. Es ist ein interessantes Beispiel eines planwirtschaftlichen Gesetzes. 1998 legte die damals rot-grüne Regierungskoalition zur »Energiewende« Festpreise fest, die sich an den noch hohen Investitionskosten für Solar und Wind orientierten und weit oberhalb der üblichen Stromkosten lagen. Die Kassen waren wegen der schlechten Wirtschaftslage nur knapp gefüllt und die Sozialkosten enorm. Deshalb wurde diese Subventionierung nicht wie bei der Förderung neuer Technologien üblich aus Steuermitteln ausgeglichen, sondern als Zuschlag auf den Strompreis der Verbraucher umgelegt – laut Bundesumweltminister Jürgen Trittin »mit nur einen Euro pro Monat«. Der Dachverband der Industrie BDI setzte allerdings sofort Ausnahmen für energieintensive Industrien durch und die Solarindustrie berechnete einen Preis von mindestens 0,50 Euro pro Kilowattstunde als kostendeckend, das Vierfache der normalen Strompreise. Die Zuschläge fielen

deshalb deutlich höher aus und kletterten rasch auf 6 Cents pro Kilowattstunde, ein Vielfaches des anfangs geschätzten. Aber Abnahmegarantien zu zumindest kostendeckendem Festpreis sprach nicht nur institutionelle, sondern vor allem auch private Investitionen an – das »Hunderttausend-Dächer -Programm« wirkte.

Die Preise für Solaranlagen fielen wegen des in China forcierten Kapazitätsaufbaus und entsprechender Volumenvorteile allerdings rasch, während die gesetzliche Anpassung der Preisgarantien auf sich warten ließ. Mit so überhöhten Abnahmepreisen wurde eine Solaranlage, die ins öffentliche Netz lieferte, zur Gelddruckmaschine ohne jedes Sparinteresse in Sachen Eigenverbrauch. Der damit einsetzende Solarboom auf Hausdächern und Heustadeln führte zwangsläufig zu einem Überangebot an Strom in den Sonnenstunden. Die bisher üblichen Preise an der Leipziger Strombörse sanken in den Mittagsstunden auf null. Man hatte die sinkenden Kosten für Investitionen und – das war der größte Fehler – die Probleme der im Tagesverlauf zeitlich schwankenden Einspeisung ignoriert. Die nur sehr langsam regelbaren Kohlekraftwerke und auch die Wasserkraft wurden wegen des mehrstündigen mittäglichen Erlösausfalls unwirtschaftlich. Solar- und Windenergie schwanken nicht nur zeitlich, sie werden vor allem lokal erzeugt, was nicht zu dem auf große zentrale Kraftwerke ausgerichteten Geschäftsmodell der Stromkonzerne und Netzbetreiber passte.

Das Management all der vielen schwankenden Einspeisungen wurde kompliziert und führte zu reichlich Protesten und Droh-

gebärden der großen Stromanbieter. Eigentlich war das Erneuerbare-Energien-Gesetz als ein »lernendes« Gesetz angelegt, wie Hans-Josef Fell, der damals zuständige Abgeordnete, mir gegenüber erklärte. Statt dies aber zu nutzen, kam es in der nächsten Regierungskoalition – nun rot-schwarz – zu einem schrittweisen Systemwechsel, der das Lokale zurückdrängte und nun den Einflüsterungen der Energiekonzerne folgte.

Die Energieversorger setzten nun erhebliche Begrenzungen der Zubaumengen durch und Ausschreibungspflichten, welche die großen Anbieter begünstigten, aber den wichtigen lokalen Bürgerinitiativen die Realisierungsmöglichkeiten nahmen. Der Bau großer Solarparks wurde verboten und der jährliche Zubau auch von Windparks stark beschränkt. Die Neuinvestitionen brachen ein. Das stabilisierte die Wirtschaftlichkeit der Atom- und Kohlekraftwerke, verzögerte aber die Zunahme der »Erneuerbaren« drastisch. Mit dem Argument der Netzstabilität durften nun Windräder abgeschaltet und Solaranlagen kurzgeschlossen werden, was, wie bei jedem Windräderfeld gut sichtbar, reichlich genutzt wird. Erschwerend war auch der durch örtliche Widerstände sehr behinderte Netzausbau, vor allem der der »Stromautobahnen« von windreichen Norden – insbesondere den großen Windparks in Nord- und Ostsee, welche die Konzerne als Einziges angepackt hatten.

So blieb vieles Stückwerk, der CO_2-Ausstoß stagnierte, nur der Preiszuschlag der Privatverbraucher blieb auf gleichem Niveau von knapp 7 Cents je Kilowattstunde bei knapp 300 Euro jährlich je Haushalt – und das ohne jede entlastende Wirkung

für die Klimaveränderungen, aber mit reichlicher Erhöhung von Bürokratie und Rechtsunsicherheit. Aus achtzehn Paragrafen wurden hundert und ein neuer Berufszweig der Anwälte. Ein Inkompetenz-, Proporz- und Lobbymonster, das auch eine deutliche Wende nach oben im Vergleich zur alten Stromrechnung mit sich brachte.

In Summe brachten Bürger und Mittelstand bisher circa 250 Milliarden Euro EEG-Umlage auf. Es gelang der Politik nicht, ein für Konzerne und Industrie attraktives Marktmodell für die Energiewende zu entwickeln. Die Fehler im planwirtschaftlichen Ansatz und der Erfolg des Lobbyismus der Konzerne waren so umfangreich, dass selbst der Bundesrechnungshof allen in den vergangenen fünfzehn Jahren für das EEG verantwortlichen Ministern eine vernichtende Kritik aussprach – darunter Siegmar Gabriel und Philip Rösler, der sich hartnäckig und unnachgiebig mit Umweltminister Norbert Röttgen stritt, sowie Peer Steinbrück, der wegen seiner Beziehungen zur Mineralölindustrie für das Aus des Biodiesels sorgte und Biogas weitgehend abdrehte, beides ideale erneuerbare Treibstoffe.

Die Bürger und auch die durchgängig noch jungen Solarfirmen waren auf der ganzen Linie die Verlierer, das Klima auch. Die Konzerne dagegen konnten ihre alten Kraftwerkssysteme weitgehend erhalten, mussten kaum in die neuen Energieformen investieren, und einzig der Verbraucher wurde durch sie kräftig zur Kasse gebeten. Die Konzerne haben beim Aushebeln der Ursprungsgedanken des EEG auf der ganzen Linie gesiegt

und bis vor Kurzem den erneuerbaren Energien die kalte Schulter gezeigt.

Schuld am Debakel der deutschen Energiewende hat allerdings nicht nur die EEG-Pleite, sondern auch bei vielen anderen Gesetzen die vor allem gegenüber der Automobilindustrie lobbyanfällige Kanzlerin. Die Wochenzeitschrift *Die Zeit* zeigte in dem Recherchebeitrag »Die Klimakanzlerin« – in der Online-Version umbenannt in »Das Naturschauspiel« – vom 1. November 2017, wie die Bundeskanzlerin immer wieder Pläne der EU-Kommission zum Klimaschutz ausgehöhlt und ernsthafte Reduzierungen der CO_2-Emissionen verhindert hatte. Die Automobilindustrie saß ihr im Nacken und drohte mit Arbeitsplatzverlusten – und es waren immer wieder Wahlen. Wie einseitig abhängig Angela Merkel war, konnte man beispielsweise erkennen, wenn sie zu vorgeschriebenen Anhörungen zu Gesetzesnovellen zur Energiewende zunächst nur die Großkonzerne und ein paar kleine NGOs einlud, die Geschäftsführer der Dachverbände der erneuerbaren Energien aber außen vor ließ – sodass die sich unter lautem Protest eine nachträgliche Einladung besorgen mussten.

Nach der Bundestagswahl 2017 gab dann die Bundesregierung zum ersten Mal zu, dass ihre völkerrechtlich verbindlich zugesagten Ziele des Pariser Klimaschutz-Abkommens nicht einzuhalten sind und die CO_2-Emissionen schon mehrjährig auf hohem Niveau stagnierten – ein Riesenskandal, wenn man das viele Gerede und die oben genannten hohen Opfer der Verbraucher sieht.

sowohl die USA als auch Dänemark zeigen dies eindrucksvoll. Die deutsche Politik sollte nicht nur große Reden schwingen, sondern muss auch endlich wirklich handeln.



CO_2-Emissionen in Deutschland, Dänemark und den USA (Quelle: Werte bis 2014 Datenbank der Weltbank, 2016 »Key World Energy Statistics« der Internationalen Energieagentur)

Unseren Berufspolitiker fehlt der Mut

Eine Mehrheit der Bürger, der Wähler, will diese Verirrungen der aktuellen Politik nicht. War es vor einigen Jahren noch die allgemeine Kritik an Marktwirtschaft und Kapitalismus, so hat sich dies in den letzten Jahren stärker fokussiert insbesondere auf das Klimaproblem. Nach einer »Eurobarometer«-Umfrage der EU-Kommission sehen nun drei Viertel aller EU-Bürger das Problem als sehr ernst und weitere 16 Prozent als ernst an. Es sind also 92 Prozent für konsequenteres Handeln, aber die Politik findet darauf keine Antworten. Ja, sie provoziert die Bürger

ken wir an Nelson Mandela und seinen Kampf gegen die Apartheid in Südafrika.

Mut ist auch das, was gerade beim Klimaschutz gefragt wäre. Verunreinigungen von Wasser und Luft mit hohen Abgaben zu belegen, ist durchaus üblich, nur bei den besonders großen Emissionen der sechs klimaschädigenden Gase traut sich niemand. Der Vorschlag, die Emission von Kohlendioxid mit einer Steuer von beispielsweise 30 Euro pro Tonne zu belegen, wird immer wieder von der Industrie als eine Vernichtung der Konkurrenzfähigkeit dargestellt.

Dass es auch anders geht, zeigte die kanadische Provinz British Columbia: Sie hat bereits 2008 als eine der ersten Regionen der Welt diese Steuer mit 10 Dollar je Tonne eingeführt und inzwischen erhöht auf 30 Dollar je Tonne. Die CO_2-Emissionen gingen um 17 Prozent zurück, während sie im übrigen Kanada leicht zunahmen. Daraufhin hat nun Ministerpräsident Justin Trudeau dies für ganz Kanada mit zunächst 10 Dollar pro Tonne eingeführt. Die Menschen in British Columbia sind stolz auf ihren Mut, und die wirtschaftlichen Nachteile blieben überschaubar. Andere Länder, wie Australien, Mexiko, Schweden und Dänemark sind gefolgt. Nur Deutschland zögert und verweist auf den Emissionshandel, die größte Einladung zum Betrug, die man sich ausdenken konnte.

Wie gesagt, der Kampf gegen den Klimawandel besteht aus Tausenden von kleinen und Hunderten von großen Maßnahmen – und die meisten sind unpopulär. Man wünscht sich eine Führung, die mit Mut und Entschlossenheit die Begeiste-

rung entfachen kann, diese Generationenschuld zu stoppen. In Sicht ist das noch nicht. Angela Merkel hatte die Chance, diese riesige Aufgabe wahrzunehmen, aber unter dem Dauerdruck der Wirtschaftslobbys ist sie mit der »Energiewende« kläglich gescheitert. Zu oft fehlte ihr der Mut, all die Angstmacherei um Arbeitsplätze vor dem Hintergrund einer florierenden Wirtschaft zu negieren.

Mut ist zwangsläufig keine Stärke des Berufspolitikers. Mut ist definiert durch das entschlossene Handeln trotz Unsicherheit und Risiko. Wir Vorstände wissen das. Wenn Bayer Monsanto kauft, ist das mutig. Bei Carl Zeiss hatte ich trotz leerer Kassen zu entscheiden, ob man in das mit der Konjunktur stark schwankende Geschäft mit den millionenteuren Systemoptiken für die Chipproduktion investieren sollte. Die Großinvestition war mutig – und umstritten –, aber sie wurde ein Milliardenerfolg.

Der Unterschied zum Berufspolitiker ist für den Wirtschaftsmanager allerdings, dass seine Entlassung wegen eines Fehlschlags meist mit einem geldreichen Händedruck vergoldet wird, sehr im Gegensatz zum oft würdelosen Abschied eines nicht mehr gewählten Berufspolitikers – für den das Einkommen aus seinem politischen Mandat zur Basis seines Lebensunterhalts wurde. Und das ist die Mehrzahl. Kaum noch ziehen Mitglieder aus anderen Berufen und damit aus dem Alltag, aus dem praktischen Leben der Bürger in die Parlamente ein. Das wären aber diejenigen, die eher idealistisch und unabhängig wirken können. Mandat als Beruf führt naturgemäß zu einer Priorität des Amtserhalts und der Sicherung der Pensionsan-

unserer Probleme und eine sehr gute Kenntnis des Funktionierens unseres Systems, insbesondere unserer Marktwirtschaft.

Der Fisch stinkt immer vom Kopf zuerst

Bei der Qualität und der Auswahl von Führungskräften sei nicht vergessen, dass es Gremien und deren Vorsitzende sind, die Führungskräfte einsetzen – beim Parteivorsitzenden und letztlich sogar dem Kanzleramt ist es das Präsidium der Partei, das nicht nur laufend beurteilen, sondern auch für den Aufbau von Nachwuchs sorgen muss, so wie die Aufsichtsorgane der Wirtschaft es ebenfalls tun. Aus genau diesem Grund ist es nicht ideal, wenn Parteivorsitz und Regierungsamt in einer Hand liegen. Denn das fördert die Versuchung, Nachwuchs zu behindern und Konkurrenten zu beseitigen.

In der Rolle der Gremien bei der Auswahl von Führungskräften ist die Kultur der USA ein gutes Beispiel: Parteivorsitz und Regierungsfunktion sind streng getrennt, anders als bei uns. Eignung, auch die Ausbildung und Erfahrung, werden wesentlich tiefgängiger hinterfragt. Nebenbei, solch ein Assessment ist wohl das, was bei der Wahl von Präsident Trump und seiner Direktwahl durch das Volk fehlte: Psychologen hätten den Wählern sicher die bei ihm zu sehr ausgeprägten narzisstischen Schwächen gezeigt.

In der Wirtschaft stehen wir oft vor dem Problem, das Talent für Führungsfunktionen zu beurteilen. Was kann man auf den ersten Eindruck und ein paar Erzählungen aus dem Umfeld des

nachhaltigen Ausgleich zwischen Wirtschaft, Umwelt und Sozialem. Denn das ist es, was eine Mehrzahl der Bürger will, und dazu auch große, aber überzeugend begründete Maßnahmen akzeptieren würde – zumindest, wenn man die Klimakrise als Maßstab nimmt. Die riesige Generationenschuld schwelt nun seit Jahrzehnten, aber eine erfolgreiche Gegenbewegung in den demokratischen Ländern ist nicht in Sicht. Wir haben zwar eine globale Marktwirtschaft, aber der Ordnungsrahmen bleibt national oder allenfalls europäisch.

Unsere Bundestagswahlen werden hier kaum weiterhelfen, denn sie bieten primär eine Personenwahl und nur eine sehr eingeschränkte Themenpriorisierung. Der Wähler kann keinen Kohleausstieg mit seinem Wahlkreuz erzwingen und auch keine kundenfreundlichere Energiewende. Die alten Industrien haben das Geld, besitzen die Lobbystärke und bieten Stabilität, mit hohem Arbeitsplatzangebot und kontinuierlicher Grundversorgung. Aber sich auf die neuen Forderungen umzustellen, liegt nicht unbedingt in ihrem Interesse. Für die Politik allerdings ist es Aufgabe, diesen Wandel mit Nachdruck durchzusetzen.

Zumindest bei den großen Themen ist das Versagen der Gewählten nun schon viele Jahre eindeutig, gleich ob Klimawandel, Ressourcengleichgewichte, Meeresverschmutzung oder sozialer Ausgleich. Das ist allerdings nicht nur ein deutsches oder ein europäisches Problem, auch die USA und China zögern. Und in den meisten Schwellenländern ist die Umsetzung ebenfalls enttäuschend – dort sind zusätzlich Korruption und Bereicherung der Mächtigen die Regel.

jedoch aus vielerlei Gründen nicht in jedem Detail die Zustimmung aller ihrer Wähler haben.

Ein typisches Beispiel ist der schwankende, in den Anfangsjahren manchmal ausgesprochen geringe Erfolg der Grünen. Deren ursprüngliche Gründungsidee von konsequentem Naturschutz und nachhaltiger Marktwirtschaft hatte von Anfang an enormen Rückhalt in der Bevölkerung, aber der Zwang zum kompletten Parteiprogramm vermischte das mit völlig anderen Fragen, beispielsweise den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, der Bewegungsfreiheit von Wirtschaftsflüchtlingen oder der Zugehörigkeit zur NATO. Zwangsläufig entstand eine Mixtur, die nicht mehr jedem, der um Klima und Umwelt besorgt ist, gefiel und die deshalb bei Weitem nicht die Wahlergebnisse erreichen konnte, die dem ursprünglichen grünen Kern wahrscheinlich entsprochen hätten.

Der Fehler liegt darin, dass jede Partei zu jedem Thema Positionen und Forderungen anbietet, was aber allzu oft nur zum Teil das ist, was man eigentlich wählen will. Die Aneinanderreihung unterschiedlicher politischer Ziele kann zu Unzufriedenheit mit den regierenden Volksparteien führen. Enttäuscht wählen die Wähler nicht mehr deren Liste, sondern eine Randpartei, und zwar die, die zum persönlich wichtigsten Thema eine passende Antwort hat – also etwa die AfD bei kritischer Haltung gegenüber Migration oder generellem Protest gegen unser Staatssystem, die Grünen bei Sorgen wegen des Klimawandels oder die Linke bei Verärgerung über die nicht beherrschte Arm-Reich Schere. Keine der Volksparteien wird allerdings gerne die

der, das waren die Symptome. Und es wurde den Wähler auch nicht leicht gemacht, welchem der vielen Punkte aus den dicken Parteiprogrammen sie die Priorität geben sollten. Unübersichtlichkeit macht Wahlentscheidungen nicht leichter. Weder auf Bundes- noch auf Landesebene.

Schon die Wahlkämpfe zur Bundestagswahl zeigten das Oberflächliche, primär auf das Emotionale Zielende, ohne wirkliche Bereitschaft, sich zu den großen Themen – beispielsweise dem Klimawandel – wirklich festzulegen. Laut letzter Umfrage des US-Instituts Pew Research 2017 sind rund 60 Prozent der Bundesbürger über den Klimawandel besorgt. So erklärt sich, dass diese Wähler nun auch dem Klimathema in ihren Wahlentscheidungen Betonung gegeben haben und geben werden. Die Große Koalition in Berlin hatte dies nicht ernst genommen, die Folgen waren nun absehbar: Im bayerischen und danach auch im hessischen Wahlergebnis stürzten Union und SPD weiter ab, die grünen Themen gewannen in der Gesellschaft an Dominanz.

Eine »freie« Wirtschaft wird jetzt nicht mehr als das Nonplusultra angesehen, sondern vielmehr eine faire Wirtschaft. Dazu gehörten der Klimaschutz, aber auch artgerechte Tierhaltung, bioorientierte Landwirtschaft, faire Handelsketten und vieles andere mehr aus der langjährigen Prioritätenliste der Grünen. Die gingen denn auch als Sieger dieser Wahlen hervor und verdoppelten ihren Stimmanteil gegenüber der Bundestagswahl 2017 nun auf fast 20 Prozent. Die bei der Bundestagswahl noch dominante unpopulär liberale Haltung zur Migration war abgeflaut – und so wurden die Grünen zweitstärkste Kraft sowohl in

4. 2 Die moderierte Demokratie: Volksentscheide

Wir sind das Volk

»Wir sind das Volk«, dieser Ruf der unblutigen Revolution gegen den Missbrauch des Wortes »Demokratie« durch das sozialistische Regime der DDR ist längst ein Modewort aller Gruppen, die auf die Straße ziehen, um für irgendetwas zu demonstrieren. So falsch wie der Spruch, so unausgegoren, so unklar ist meist auch das, wofür demonstriert wird. Und eines scheint mir sicher: Eine vollumfängliche Basisdemokratie wäre ein ziemlich chaotisches Unterfangen, alles andere als ein vorbildlicher Staat und zudem einer, bei dem Populisten die Macht bald an sich ziehen und den Spuk auf ihre Art beenden würden. Nein, Regieren in der heutigen komplexen Welt ist eine sehr herausfordernde Aufgabe.

Wenn ich also dafür eintrete, Volksentscheide auf Bundesebene zuzulassen, dann heißt das nicht, »das Volk« wäre von vornherein klüger. Sie sind vielmehr nach meiner Überzeugung ein zwingendes Instrument der Akzeptanz eines Systems, das nur alle vier oder fünf Jahre seine Repräsentanten wählt und dazwischen keine systemimmanente Möglichkeit zur Mitbestimmung bei drängenden Fragen hat. Und sie sind ein entscheidend wichtiges Instrument für Situationen, in denen eine Regierung

entscheidungsunfähig ist und dadurch möglicherweise eine Spaltung der Nation droht.

Das Beispiel Schweiz zeigt, wie durch systemimmanente Volksinitiativen die Zufriedenheit mit dem politischen System enorm steigt und Schwächen und Unsicherheiten der Regierungsarbeit ausgeglichen werden. Der Schweizer Volksentscheid im Jahr 2007 über Energiestrategien zum Beispiel sowie der Folgende im Jahr 2017 über die Strategie 2050 stärkten das Bewusstsein der ganzen Nation in den Feldern Effizienz, erneuerbare Energien und Netzausbau wesentlich. Die Schweiz reduzierte ihre CO_2-Emission in den letzten zehn Jahren von 8 auf 5 Tonnen pro Kopf, was die Hälfte des heutigen durchschnittlichen Prokopfwerts in der Bundesrepublik darstellt. In der Schweiz wurden auch mehrere Referenden über Zuwanderungsfragen gestartet, die der Regierung immer wieder verlässlich gezeigt haben, was akzeptiert wird und umgesetzt werden sollte und wo die Grenzen liegen.

Die Schweiz ist ein Beispiel dafür, dass ein Mitentscheiden des Bürgers nur über einen sicheren Informationsaustausch möglich ist – eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber keineswegs selbstverständlich. Selbst die Bienen wissen das übrigens. In seinem wunderschönen Buch *Bienendemokratie* schreibt der Verhaltensforscher Thomas D. Seeley: »Die Bienenkönigin ist keine absolute Herrscherin. Im Gegenteil, Bienen entscheiden gemeinsam als Schwarm, sie erforschen kollektiv den Sachverhalt und diskutieren lebhaft, um letztlich einen Konsens zu finden.« An einer »Abstimmung« dürfen nur die teilnehmen, die

was den Ausbau der Geothermie betrifft, zudem gibt es hier zahlreiche und gut vernetzte NGOs. Diese organisierten einen Volksentscheid, gegen den Willen der Grünen übrigens, die den Weiterbetrieb des Kraftwerks im Stadtrat mitbeschlossen hatten.

Die Stadtwerke drohten bei einer vorzeitigen Abschaltung mit riesigen Verlusten von einigen 100 Millionen Euro und verwiesen darauf, dass die Abschaltung von Braunkohlekraftwerken viel effizienter wäre. Die Befürworter der Abschaltung griffen die Zahlen als falsch an, argumentierten aber vor allem mit dem Klimaschutz. Damit stand das »gute Gewissen« der Emissionsfreiheit gegen die wirtschaftliche »Vernunft«. Einen neutralen Schlichter, der die optimistischen Annahmen der Wirtschaftlichkeitsberechnungen beider Seiten klargestellt hätte, gab es nicht.

Ich habe mit vielen Münchner Bürgern über diesen Entscheid gesprochen, und die meisten erklärten, dass das Für und Wider ohne neutrale Hilfe zu verwirrend war und sie deshalb nicht an der Abstimmung teilnahmen. Die Abstimmung erreichte damit trotz breiter Beachtung eine schwache Beteiligung von nur 17,8 Prozent, wenig über dem notwendigen Quorum von 10 Prozent, und mit 60,4 Prozent der abgegebenen Stimmen eine Mehrheit für die Abschaltung. Wohlgemerkt: Damit hatten nur knapp 11 Prozent aller Wahlberechtigten für diesen Ausstieg gestimmt – ein typisches Exempel, wie man Bürger überfordern kann.

Die Stadt hatte sich einer ehrlichen Aufklärungskampagne durch neutrale Moderation verweigert, sie wollte das Kraftwerk

Entscheidend für das Niveau eines Volksentscheids ist hohes Informationsangebot und Neutralität sowie die Konzentration auf die wirklich wichtigen Argumente. Die Herangehensweise mit einer dieser beschriebenen Gremien erscheint mir noch besser als das lange bewährte »Abstimmungsbüchlein« der Schweiz, in dem für die mehrmals jährlich stattfindenden Entscheide von der Regierung und von den Hauptgegnern das Pro und Contra dargestellt wird. Aber immerhin gibt es ihn dort, den Volksentscheid auf Bundesebenen.

Volksentscheide gegen die Klimakatastrophe

Gerade bei Themen der Energiewende sind Volksentscheide ein streitarmer Weg, wie die Erfahrungen der Schweiz zeigen. Der Vorstoß der dortigen Grünen nach der Katastrophe von Fukushima, alle Kernkraftanlagen bis 2029 abzuschalten, wurde 2016 mit 55-prozentiger Mehrheit abgelehnt – die Schonung der Atmosphäre schien den Schweizern wichtiger. Es kam aber 2017 zu einer Abstimmung über die Energiestrategie bis 2050, die mit 58 Prozent angenommen wurde. Beschlossen war damit, keine neuen Atomkraftwerke zu bauen und die vorhandenen zu betreiben, solange keine Sicherheitsbedenken bestehen, den CO_2-Ausstoß bis 2035 zu halbieren und im Übrigen die Verfahren zum Ausbau der Stromnetze zu vereinfachen. Natürlich gab es im Vorfeld manch hitzige Diskussion, aber mit dem Ergebnis, dass die Akzeptanz der Probleme des Klima-

wandels und die Begrenzung des CO_2-Ausstoßes in der Schweiz heute beispielhaft sind.

Das Schweizer Beispiel zeigt, dass bei einer solchen Grundsatzfrage ein bundesweiter – oder noch besser ein europaweiter – Volksentscheid sinnvoll wäre. Und es gibt zahlreiche weitere Beispiele, wie mit Volksentscheiden das Zögern der Politik im Kampf gegen den Klimawandel ausgehebelt werden könnte. Vieles liegt auf der Hand:

- die Einführung einer CO_2-Steuer nach dem Modell der Mehrwertsteuer oder genereller die Einführung einer Emissionssteuer, die insbesondere die landwirtschaftlichen Bereiche, also die atmosphärischen Schäden durch Düngung, Methan aus der Rinderzucht oder Produktionsprozessen und jede andere Emission der sechs als klimaschädlich definierten Gase umfassen kann,

- die konsequente Förderung von Biokraftstoffen oder zumindest der Umwandlung von Stromüberschüssen in Wasserstoff oder Methan,

- die massive Förderung solcher Speichertechnologien sowie von Wasserstoff, Methan und Methanol für den Mobilitätssektor,

- den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur für Elektromobilität,

- die konsequente Förderung regionaler Strukturen, also abgabenfreien Eigenstroms,

- die Vereinfachung der Geothermiezulassungen,

- die Förderung neuartiger Kernkrafttechnologien, also von Reaktorkonzepten, die Kernschmelze und Wasserstoffexplosion unmöglich machen,

- die Pflicht zum Fairnesskodex und zur Klimaneutralität jeder Geschäftstätigkeit nach einem mehrjährigen Übergang,

- die Pflicht zu gesetzlich geschützten Labels für Klimaneutralität und Fairtrade oder ein umfassendes Fairness-Label,

- die Pflicht der Industrie- und Handelskammern und der Berufskammern, dies als Selbstregulierung und die Umsetzung als Selbstorganisation umzusetzen.

Die Reihe der Beispiele lässt sich fortsetzen. Kürzlich habe ich mit Entwicklungsminister Müller und Umweltministerin Svenja Schulze diskutiert, die Unzahl der Labels, die »Klimaneutralität« versprechen, mit einheitlichen Qualitätskriterien durch ein einheitliches Logo zu ersetzen, wie im vorherigen Kapitel diskutiert. Es wäre interessant zu sehen, wie ein Volksentscheid ausgeht, der für alle Unternehmen Klimaneutralität

einfordert. Vielleicht wäre die Bevölkerung wesentlich mutiger als die Politik. Denn soweit Klimaneutralität nicht durch Verwendung emissionssparender Technologien erreicht wird, kann es durch Aufforstungs- und andere Kompensationsprogramme ausgeglichen werden. Bisher sind die vielen Initiativen für Volksentscheide auf Bundesebene allerdings erfolglos geblieben.

Bundeskanzlerin Merkel war übrigens während ihrer gesamten Amtszeit gegen einen Volksentscheid. Das von ihr gerne angeführte Beispiel: »Da können wir ja gleich über den Milchpreis abstimmen lassen«, schien ihr wohl besonders geeignet, weil der »beste« Milchpreis eine komplexe Frage ist. Aber genau diese Komplexität den Bürgern nahezubringen, ist der große Vorteil eines Volksentscheids. Dann würde transparent, wie stark die Rinderwirtschaft das Klima belastet, wie stark andererseits unsere Landschaft von einer funktionierenden Landwirtschaft abhängig ist und wie sehr der Import eines niederen Milchpreises Monokulturen und Zerstörung von Biodiversität in den Lieferländern fördert. Nimmt man die Pläne zusammen, vermute ich, dass bei einem europäischen Bürgerentscheid die Bürger einen höheren Preis gegen solche Auflagen in Kauf nehmen würden, die die Produzenten europaweit zu erfüllen hätten. Und zusätzlich käme ein Importverbot gegen Dumping durch Wettbewerber von außerhalb der EU.

Gerade nach den Warnungen des Jahres 2018 plädiere ich im Übrigen erneut für einen Grundsatzentscheid zur Einhaltung des 2-Grad-Ziels. Mit guter Begleitinformation können die

Auszug aus Plateau 3 – Wertereguliertе Marktwirtschaft und Bürgerdemokratie

erschienen 2006 bei Murmann und 2016 als Ebook[1]

Dieser 15 Jahre alte Klassiker der ökosozialen Marktwirtschaft war schon damals eine deutliche Warnung vor den Schwächen der repräsentativen Demokratie gegenüber einer unser Klima gefährdenden Marktwirtschaft. Die Lösungsvorschläge »Volksentscheide mit Bürgerrat-Begleitung« und »Selbstregulierung von Wirtschaftssektoren« blieben unbeachtet. Der Klimawandel ist nun Fakt, die Warnungen und Vorschläge immer noch aktuell.

Aus dem Vorwort:
Trotz aller Warnungen ist der unverändert fortschreitende Klimawandel ein klares Symptom eines Systemproblems. Unsere Marktwirtschaft verachtet Werte, wann immer ein Teil der Kunden es zulässt. Weder uns Kunden noch der Politik gelingt es, diesem Klimawandel und auch anderen Fehlentwicklungen unserer Marktwirtschaft erfolgreich zu begegnen. Das gilt es zu brechen.

Es wird also um eine neue Evolutionsstufe, um ein neues, höher liegendes »Plateau« von Marktwirtschaft, Kundenverhal-

das nicht mehr. Was immer man tut, es gibt Betroffene, das liegt in der Natur der Sache. Und das ruft die Interessenverbände und die Freude der Medien an Polarisierung und Emotionalisierung auf den Plan. Am Ende weiß niemand mehr, was die Mehrheit nach etwas kühlem Nachdenken wirklich will. Man weiß nur, dass man es nicht allen recht machen kann. Und damit verlässt den naturgemäß auf Wiederwahl bedachten Politiker allzu gern der Mut. Und daher geschieht nichts oder zu wenig.

Ein gut organisiertes Bürgervotum ist in der Lage, derartige Blockaden aufzubrechen. Es wird zum imperativen Mandat, das den Handlungsweg vorgibt. Auf der Ebene der Länder und Kommunen ist das Instrument heute in Deutschland weitgehend schon Allgemeingut geworden. Aber bei den wichtigsten Schaltstellen, also auf der Ebene der Bundesregierung und genauso bei der Europäischen Union, sträubt man sich bis heute. Warum? Ich wage zu behaupten, dass die letzten zwanzig Jahre in Deutschland wesentlich besser gelaufen wären, wenn etliche der strittigen »Reformen« durch Volksentscheide vorgeklärt oder entschieden worden wären. Auch die Stimmung und die wirtschaftliche Lage wären heute wesentlich besser. Warum ist dann der Schritt zur Bürgerbeteiligung so schwierig?

Die Konflikte der Berufspolitik

Berufspolitiker, also die Mitglieder der »politischen Klasse«, und die Parteien sind meistens mehr an Wiederwahl und Kontinuität interessiert als an der Durchsetzung unpopulärer

Änderungen. Politik ist Beruf und Lebensinhalt, und wie bei Unternehmen geht es auch hier um einen Kampf um Marktanteile. Das verlangt kurzfristige Erfolge. Um Langfristiges, für das Verzichte und unbequeme Anpassungen notwendig sind, deren positive Auswirkungen sich vielleicht erst nach den nächsten Wahlperioden zeigen, geht es eher nicht. Die Parteien scheuen diese Risiken. Das Schicksal von Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 zeigt exemplarisch, wie schwer wir es den Politikern dann machen. Aber der Berufspolitiker ist in Europa Teil des Systems, und zwar ein nicht ganz verzichtbarer, weil für diese Ämter politische Erfahrung und Detailkenntnis oft unerlässlich sind.

Nachhaltigkeit setzt weniger kurzfristig orientierte Entscheidungsprozesse voraus. Das kann nur die erwähnte themenbezogene Bürgerbeteiligung, die Erweiterung der demokratischen Entscheidungsfindung sein, die dem einzelnen Bürger mehr Mitsprache und damit mehr Mitverantwortung gibt. Bürgerdemokratie und Bürgervotum – in welcher Ausprägung auch immer – rücken die Verantwortung jedes Einzelnen für nachhaltiges Handeln in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Teilnahme. Er und seine Nachfahren sind letztlich auch direkt Betroffene, wenn es zum Beispiel um den Klimawandel geht. Die Mehrzahl der Bürger wird also – das bestätigen unter anderem die Ergebnisse aus der Schweiz – bei Themen der Nachhaltigkeit bessere Entscheidungen treffen als der von den beschriebenen kurzfristigen Überlegungen abhängige Berufspolitiker. Und die so zustande gekommenen Entscheidungen werden in der Allge-

unzufriedene Gruppe wird in großen Unternehmen auf die Idee kommen, sich direkt bei der Firmenspitze zu melden. Sie geht vielmehr zum Betriebsrat, und auch größere Gruppen werden nicht aktiv, ohne sich zumindest mit dem Betriebsrat beraten zu haben.

...

Bürgerentscheide haben diese Zwischenstufe zwischen Bürger und Entscheidungsorganen meist nicht. Das könnte der Grund sein, warum es zahlreiche Beispiele von unglücklichen »Beschlüssen« gibt. Denn das kann an schlechten Formulierungen, unvollständiger Information oder schlicht schlechtem *timing* liegen. Wer erinnert sich nicht an den Bürgerentscheid zum Bau einer Hochbrücke über das Elbtal bei Dresden, wobei in der Vorinformation die Tatsache, dass dieser Talabschnitt Weltkulturerbe ist, einfach übersehen wurde? Manchmal liegt es auch nur daran, dass exotische Fragen wenig Interesse hervorrufen, damit nur die fanatischen Akteure zur Abstimmung gehen und eine Mehrheit bilden. Entsprechend liefern manche Abstimmungen nicht wirklich den Konsens der Mehrheit der Bevölkerung und werden erst nach zuweilen überraschenden Ergebnissen kräftig diskutiert. Es fehlt eben die weise »Koordination« durch ein unabhängiges Gremium, wobei man die Analogie mit dem Betriebsrat nicht zu weit treiben darf. Schließlich werden die Bürger zunächst einmal durch die Parlamente repräsentiert. Es geht aber um die wirkungsvollere Zusammenfassung von Werteforderungen der Zivilgesellschaft und das parteienunabhängige Einbringen von Expertenwissen. Mit

dem Modell eines sich an die Idee des Betriebsrats anlehnenden »Sprachrohrs der Gesellschaft« müssten sich einige der Probleme des Bürgervotums in den Griff bekommen lassen. Denn für den Erfolg kommt es auch hier darauf an, zunächst unabhängig von Regierungsmeinungen Wünsche zu verdichten, zu artikulieren und zugleich sein gesamtes Wissen beiden Seiten, also den Bürgern und der Regierung mit dem Parlament, beratend zur Verfügung zu stellen. Ich werde das Organ »Bürgerrat« nennen. Dieses wird umso wichtiger, je komplexer und grundsätzlicher die Themen werden, die sich zwangsläufig von der meist relativ guten Übersichtlichkeit lokaler Themen und Abstimmungen unterscheiden. Wir brauchen also nach meiner Überzeugung ein bei Volksentscheiden beratendes Gremium … Aus den vielen Initiativen kann er zusammenfassend und formulierend tätig werden und damit zentrale Fragen zur Klärung durch die Gemeinschaft stellen.

Viele Puristen des Volksentscheids werden solche Zwischenstufen möglicherweise ablehnen. Die Gefahr eines unkontrollierten Ausuferns des Instruments des Volksentscheids ist aber … unübersehbar, das Schweizer Modell ist daher nicht einfach übertragbar. Dort gibt es selbst in kleinen Kantonen trotz dichter Terminfolge manchmal bis zu zehn Fragen pro Abstimmungstermin – mit mehrseitigen Erläuterungen der Regierungs- und der Gegenmeinungen. Man muss das für die Belange der Bundesrepublik und erst recht Europas verdichten, muss Volksentscheide durch einen institutionalisierten Kreis … begleiten.

dem Bürgerentscheid überlassende Basisdemokratie würde zu Chaos führen. Sowohl die derzeitige »politische Klasse« hat da ihre Bedenken, als auch der Normalbürger. Der Bürgerentscheid sollte also als eine für schwierige Themen wichtige, ergänzende Kraft gesehen werden. Da die Erarbeitung von Gesetzen mit all ihrer Komplexität Erfahrung und Detailkenntnis erfordert, kann die Gesamtheit der Bürger deshalb nur in seltenen und von engagierten Einzelgruppen gut vorbereiteten Fällen der »Gesetzgeber« im Detail sein, aber die Entscheidung über die grundsätzliche Richtung ist durchaus Sache des Volks als »Souverän«. Das gilt umso mehr, wenn man die Zahl der Abstimmungen in Grenzen hält und sich deshalb auf Grundsatzfragen konzentriert. Das allerdings ist ein fundamentaler Unterschied zu den klassischen Bürgerbeteiligungen, die in vielen Ländern für jedes Thema offen und nur von Unterschriftsquoten abhängig sind.

Deshalb spreche ich gerne von einem *Richtungsvotum* statt

einem »Volksentscheid« für die nationale und auch die europäische Ebene. Nicht Details sollen entschieden werden, sondern Richtungen, Trends, Grundsätze. Ob wir zum Beispiel den derzeitigen Verbrauch fossiler Brennstoffe tolerieren, Sparmaßnahmen akzeptieren oder den heutigen Verschuldungsgrad der Nation wollen, ob wir Streiks für Flächentarife oder das rechtlich gesicherte betriebliche Bündnis wollen – all das sind Fragen, deren Beantwortung alle Bürger als Richtungsentscheid klären könnten. Das Ergebnis ist ein besseres Verständnis und eine persönliche Verantwortung der Bürger, und es wird verhindert,

dass diese Themen von solchen verdrängt werden, die dem (Wahl-)Publikum leichter verkauft werden können. Damit wird auch erschwert, was die reine Stellvertreterdemokratie begünstigt: sich als Wähler in der anonymen Masse zu verstecken und die kurzfristigen Themen zu bevorzugen.

Das Richtungsvotum – in Deutschland verfassungskonform?

In Deutschland kann ein Bürgervotum als Eingriff in Gesetzgebungsverfahren nur mit einer Verfassungsänderung eingeführt werden, denn in den Artikeln 76 bis 78 des Grundgesetzes ist die Gesetzgebung als alleinige Befugnis der Parlamente festgelegt. Das Volk sei zwar der oberste »Souverän«, aber ein Eingriff in Gesetzgebungsverfahren stehe ihm – außer bei der im Grundgesetz erwähnten Veränderung von Ländergrenzen – nicht zu, auch wenn das Grundgesetz neben Wahlen ausdrücklich Abstimmungen zulässt. So lautet die übliche Interpretation. Für einen Nichtjuristen ist das eine reichlich merkwürdige Argumentation, bedeutet es doch, dass der Souverän genau das in bestimmten Fällen nicht ist – ein Widerspruch in sich. Nach etlichen dennoch eingeleiteten und jedes Mal gescheiterten Gesetzgebungsanträgen haben sich die Großen deutschen Parteien gut und dauerhaft in ihrer elitären Rolle eingerichtet und das Thema auch zu Zeiten einer Großen Koalition bisher nicht erneut aufgegriffen. Und das, obwohl laut »Perspektive Deutschland« nur 3 Prozent der Bevölkerung den Parteien die

Schlusswort

Dieses Buch ist aus Sorge geschrieben. Schon vor 15 Jahren habe ich in meinem Buch Plateau3 gewarnt, dass der Klimawandel durch die rein repräsentative Demokratie nicht zu beherrschen sein wird. Nun ist der Klimawandel tägliche Erfahrung, ein Abbremsen der CO2-Emissionen ist vorrangig. Aber noch immer lässt man den Bürger bei der Gestaltung der notwendigen technologischen Umstellungen nicht mitreden. Es fehlt die Mitbestimmungskomponente, deren Kraft ich als ehemaliger Manager großer Konzerne erlebt habe.

Mein Vorschlag sind Volksentscheide auch auf Bundesebene. Denn die Staatsgewalt wird laut Grundgesetz *vom Volke durch Wahlen und* ***Abstimmungen*** ausgeübt. Genutzt ist dies noch nicht. Dieses Buch zeigt, wie Volksentscheide auch auf Bundesebene funktionieren können, wie dazu Wissen in der Wählerschaft aufgebaut und wie Falschinformation unterdrückt wird.

Wählen wieder zum Erlebnis machen - durch ergänzende Abstimmungen mit Problembezug.

Dr. Ing. Peter H. Grassmann